

Antrag

der AfD-Fraktion

Fortführung und Neuausrichtung der Umweltpartnerschaft Brandenburg - Brandenburger Handwerk unterstützen und eine umweltgerechte Wirtschaftsentwicklung vorantreiben

Der Landtag stellt fest:

Die bereits im Jahr 1999 für die Verbesserung einer umweltgerechten, nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung von der Brandenburger Landesregierung und Wirtschaft ins Leben gerufene Umweltpartnerschaft ist eine bewährte politische Plattform, um Ziele des Umweltschutzes mit ökonomischen Interessen zu verbinden.

Als positives umweltpolitisches Steuerungsinstrument integriert es wirtschaftliche Akteure direkt in den Prozess umweltbezogener Gesetzgebung und gibt Anreize für ein ökologisch verantwortliches Wirtschaften. Damit ist sie unerlässlicher Bestandteil für eine Umweltpolitik, die sich als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreift.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, vor dem Hintergrund der am 30. Juni 2021 auslaufenden Umweltpartnerschaft,

1. die seit 22 Jahren bewährte Partnerschaft fortzuführen und damit die positiven und kooperativen Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Wirtschaften in Brandenburg weiterhin zu gewährleisten.
2. bei ihrer Fortschreibung einen verstärkten Fokus auf die Unterstützung bei der Erreichung von Nachhaltigkeitszielen zu setzen, die ein ressourcenschonendes und auf Regionalität ausgelegtes Wirtschaften priorisieren.
3. darauf hinzuwirken, dass die Attraktivität der Partnerschaft steigt, damit dem Mitgliederschwund der letzten Jahre Einhalt geboten wird und eine Revitalisierung der Plattform erfolgt. Die Umweltpartnerschaft kann ihren angedachten Zweck nur erfüllen, wenn eine angemessene Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln erfolgt. Daher sollen folgende Tätigkeitsfelder gestärkt werden:
 - a) Die Konzeptionierung, um Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein umweltgerechtes Wirtschaften fördern, sowie eindeutige Ziele festzulegen, um die Umweltpartnerschaft inhaltlich zu konkretisieren.

- b) Die Projektplanung, um die vereinbarten Ziele auch zu realisieren. Das umfasst bspw. die Etablierung von umweltbezogenen Managementsystemen in den Unternehmen oder die Durchführung von Veranstaltungen zum umweltbezogenen Wissenstransfer.
- c) Die Presse- und Medienarbeit, um die Umweltpartnerschaft und ihre Projekte sowie die sich daran beteiligenden Unternehmen in der Öffentlichkeit sichtbarer zu machen.
- d) Das Marketing, um die Umweltpartnerschaft in ein besonderes Unternehmensnetzwerk mit positiver Identitätsstiftung zu transformieren, wodurch ein wichtiger Anreiz zur Mitgliedschaft gegeben wird. Die Umweltpartnerschaft wird zur Marke aufgebaut.

Begründung:

Die Umweltpartnerschaft ist eine der wenigen Initiativen im Land Brandenburg, die über positive Anreize ein umweltverträglicheres Wirtschaften erreichen möchte. Ihr stehen zahlreiche „negative“ Instrumente wie umweltbezogene Abgaben und Steuern (Wasserentnahmeentgelt, Walderhaltungsabgabe etc.) gegenüber. Eine gesamtgesellschaftliche Beteiligung am Umweltschutz und seine breite Akzeptanz in der Bevölkerung wird durch eine Ausbalancierung positiver sowie negativer umweltpolitischer Anreize erzielt.¹ Eine dialogorientierte, kooperative Umweltpolitik kann durch die Integration von Naturschutzaspekten in das Kerngeschäft von Unternehmen die Marktkräfte dazu nutzen, dass ein Beitrag zum ressourcenschonenden Wirtschaften und der Erhaltung von Natur geleistet wird, der unabhängig von staatlicher Intervention existiert.² Mit der im Raum stehenden Aufkündigung der Umweltpartnerschaft droht das ohnehin in Richtung staatlicher Intervention ausschlagende Pendel der Umweltpolitik endgültig bei einer staatlichen Ge- und Verbotspolitik einzurasten. Der Ausschluss eines wesentlichen Teils brandenburgischer Interessen von der Umweltpolitik gefährdet die breite gesellschaftliche Akzeptanz für Naturschutzmaßnahmen. Die Beendigung der Umweltpartnerschaft sendet das falsche Signal und erschwert das Erreichen des Ziels eines an Nachhaltigkeit und Regionalität orientierten Brandenburgs, an dem alle Brandenburger mitwirken. Die sinkenden Mitgliederzahlen der Umweltpartnerschaft sind derweil kein Ausdruck des Desinteresses der brandenburgischen Wirtschaft an umweltbezogenem Wirtschaften, sondern vielmehr der Indikator für die Vernachlässigung der Umweltpartnerschaft. Die Mitgliedschaft hat an Attraktivität verloren, weil sie keine Vorteile für die dort engagierten Unternehmen bietet. Die schwindende Relevanz der Umweltpartnerschaft signalisiert bereits erste Erosionen hinsichtlich der gesamtgesellschaftlichen Beteiligung, in Zukunft eine ökologischere Lebensweise im Land Brandenburg zu erreichen.

¹ Helmut Weidner (1992): „Kriterien einer erfolgreichen Umweltpolitik“, in: Ministerium für Umwelt und Naturschutz des Landes Sachsen-Anhalt (Magdeburg) (Hg.): *Grundlagen einer Umweltpolitik zur Überwindung der ökologischen Krise: Vorträge auf einer Arbeitstagung vom 7.-10. November 1991 auf der Insel Vilm. Tagungsband*, Magdeburg (Ministerium für Umwelt und Naturschutz des Landes Sachsen-Anhalt), S. 63-74, hier: S. 72-73.

² Bundesamt für Naturschutz (2020): „Ökonomische Instrumente“, <https://www.bfn.de/themen/oekonomie/oekonomische-instrumente.html>.

Um das Kooperative als ein Element Brandenburger Umweltpolitik beizubehalten, muss die Umweltpartnerschaft fortgeführt werden - damit das Kooperative darüber hinaus zu einem wesentlichen Element Brandenburger Umweltpolitik wird, muss die Umweltpartnerschaft anhand der Parameter „Ressourcenschonung“, „Regionalität“ und „Umweltverträglichkeit“ reformiert und erneuert werden.